

W
U
R
F
U
A

Verband Deutscher Studentenschaften

**Unsere Forderungen
müssen durchgesetzt werden**

Jetzt STERNMARSCH auf Bonn am 24. Januar

Zehntausende sind in den vergangenen Monaten überall an den Hochschulen für die sofortige Anhebung des BAFÖG-Höchstsatzes auf 500 DM und des Elternfreibetrages auf 1200 DM aktiv geworden. Mit ihren Forderungen nach Sofortmaßnahmen gegen die Auswirkungen der Inflation und mit ihren Aktionen haben sie bei den arbeitenden Menschen Verständnis und Unterstützung gefunden. Die Herrschenden sind unsicher geworden. Sie beginnen zu taktieren. Bildungsminister von Dohnany verhandelt mit dem VDS. Die Bundesregierung sieht sich gezwungen, auf unsere Forderungen zu reagieren. Doch nachgeben wollen sie nicht. Der Beschluß der Bundesregierung vom 12. Dezember ist eine Provokation. Weiterhin geht die Bundesregierung davon aus, daß BAFÖG-Höchstsatz und Elternfreibetrag erst zum 1. Januar 1975 angehoben werden. Mit der Ankündigung einer möglichen Vorziehung sollen die Studenten verwirrt werden. Die Forderung nach Sofortmaßnahmen soll nicht erfüllt werden.



Unsere Forderungen lauten:

**ANHEBUNG DES BAFÖG-HÖCHSTSATZES
BIS ZUR VOLLEN KOSTENDECKUNG
ALS ERSTER SCHRITT: INFLATIONSZU-
SCHLAG RÜCKWIRKEND AB 1. OKTOBER
1973!**

**ANHEBUNG DES ELTERNFREIBETRAGES
AUF 1200 DM RÜCKWIRKEND AB 1. OKTO-
BER 1973!**

1974 werden die Preise weiter steigen. Auch Bundeskanzler Brandt mußte zugeben, daß die Inflationsrate noch weit höher liegen wird als im vergangenen Jahr. Wenn der Elternfreibetrag nicht angehoben wird, werden in diesem Jahr die Förderungsbeträge erneut sinken.

Hinzu kommt:

Wo Studenten für ihre berechtigten Forderungen streiken, versuchen die Herrschenden ihnen die Förderung zu streichen. So sollen sie politisch mundtot gemacht werden.

Besondere Leistungsanforderungen und Beschränkung der Höchstförderungsdauer sollen den materiellen Druck der BAFÖG-Studenten verstärken. So wird die finanzielle Not zum Hebel, um Kurzstudiengänge, wie sie im Hochschulrahmengesetz vorgesehen sind, vorzubereiten. Von Chancengleichheit für Arbeiterkinder kann keine Rede sein. Das Bildungsprivileg der Herrschenden bleibt bestehen.

Wir fordern:

**KEINE BESONDEREN LEISTUNGSNACH-
WEISE FÜR BAFÖG-STUDENTEN!
DER ANTISTREIK-PARAGRAPH 20, II DES
BAFÖG MUSS GESTRICHEN WERDEN!**

Jetzt gibt es für uns nur eine Antwort: Wir dürfen nicht lockerlassen.

Wenn wir nicht von der Preislawine überrollt werden wollen, wenn wir nicht zulassen wollen, daß gerade für Studenten aus Arbeiterfamilien die Förderungsbeiträge erneut gesenkt werden, müssen wir jetzt handeln.

Folgen wir dem Beispiel der Arbeiter! Konzernbosse, CDU/CSU und Bundesregierung sind sich darin einig: Die Auswirkungen des Profitstrebens der Konzerne sollen auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung abgewälzt werden, sei es in Form von Preissteigerungen oder in Form von Arbeitslosigkeit. Doch die Arbeiter sagen dem Kurs der Herrschenden den Kampf an: Sie wehren sich gegen Entlassungen und Kurzarbeit. So haben z. B. im Dezember in Bonn zehntausend Textilarbeiter für sichere Arbeitsplätze demonstriert.

Stellen wir uns an die Seite der Arbeiter! Treten wir dafür ein, daß die Folgen der Krise nicht auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt werden, nicht auf den Rücken der Arbeiter durch Lohnstop und Arbeitslosigkeit, nicht auf den Rücken der Studenten durch unzureichende Ausbildungsförderung.

In den letzten Wochen ist deutlich geworden: Die Herrschenden können unsere Forderungen nicht mehr ignorieren.

Unsere Forderungen müssen jetzt durchgesetzt werden zu Lasten der Konzernprofite und -subventionen, zu Lasten des Rüstungshaushaltes, zu Lasten der Gelder, mit denen Polizei und Bundesgrenzschutz ausgerüstet werden, um im „Ernstfall“ gegen die streikenden Arbeiter und demonstrierende Studenten vorzugehen. Dafür müssen wir jetzt unsere ganze Kraft einsetzen.

Jetzt gibt es nur noch eine Antwort:

Für sofortigen Ausgleich der Inflationsverluste!

**Für die Anhebung des BAFÖG-Höchstsatzes auf
500 DM und des Elternfreibetrages auf 1200 DM
rückwirkend ab 1. Oktober 1973!**

**Für die weitere Anhebung des BAFÖG-Höchst-
satzes auf 600 DM noch im Jahr 1974!**

Sternmarsch auf Bonn am 24. Januar